

Rede von Christian Russau (Dachverband der Kritischen AktionärInnen) auf der Jahreshauptversammlung der Aurubis AG am 1. März 2018 in Hamburg

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Christian Russau. Ich bin vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

Die Aurubis AG vergibt dieses Jahr erstmals an der Seite des ZEIT-Verlags und der Stiftung „Forum für Verantwortung“ den Nachhaltigkeitspreis „Mut zur Nachhaltigkeit“. Damit gewinnt die Aurubis AG im Rahmen eines prominenten Nachhaltigkeitspreises eine gewisse Deutungshoheit über das gesamtgesellschaftliche Verständnis von Nachhaltigkeit.

Aktuell brauchen wir mehr denn je ein starkes Nachhaltigkeitsverständnis, um die von der internationalen Gemeinschaft verabschiedeten Klimaziele des Paris-Abkommens zu erreichen. Eine starke Nachhaltigkeit, bei der soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte eng zusammengedacht werden, muss dafür auf allen Ebenen der Gesellschaft etabliert und verfolgt werden. Starke Nachhaltigkeit und das Parisabkommen verlangen etwa einen sehr schnellen Kohleausstieg.

Die Aurubis AG steht jedoch als Aktiengesellschaft in der rohstoffverarbeitenden Industrie für eine sehr schwache Nachhaltigkeit. Sie verfolgt etwa keinen Kohleausstieg. Sie hat sich vielmehr durch einen langfristigen Vertrag mit der Vattenfall AG an den Bezug von Kohlestrom aus dem umstrittenen Steinkohlekraftwerk Moorburg gebunden. Expertinnen gehen sogar so weit zu sagen, dass Bergbau und Naturschutz letztlich nicht miteinander kompatibel sind – so etwa die Rohstoffexpertin Susanne Friess von Misereor (<https://www.youtube.com/watch?v=Z4lnJTtUJM0>; ab Min.: 17:20)

Macht es also aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive Sinn, dass die Aurubis

AG einen Nachhaltigkeitspreis mit einer großen deutschen Zeitung ausloben kann? Sollte sie in der Jury des Preises vertreten sein und damit auch mitbestimmen können, welche Projekte besonderen „Mut zur Nachhaltigkeit“ bewiesen haben? Wir möchten an dieser Stelle auch die ZEIT und das „Forum für Verantwortung“ für die Entscheidung kritisieren. Weiteres können Sie gerne auf der [Webseite von Konzeptwerk nachlesen, die ihre Kritik über die Beteiligung der Aurubis AG am Preis zum Ausdruck gebracht haben](#). Im Übrigen: Es handelt sich um einen der Nominierten selbst. Wie fühlt man sich denn bei Aurubis so, wenn selbst die eigenen Nominierten scharfe Kritik äußern?

Sehr geehrte Damen und Herren vom Vorstand und Aufsichtsrat: Wir müssen also dringend reden. Reden über menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, reden über Ihre Zulieferer, reden über saubere Umwelt.

Die Agenda der Vereinten Nationen für die Sustainable Development Goals ist die weltweit wichtigste entwicklungspolitische Zielsetzung des nächsten Jahrzehnts. Sie betrifft, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger, den Millenniumszielen, auch die Industrienationen und damit in besonderem Maße auch deutsche Unternehmen, somit auch: Aurubis. Deutschland hat sich den 17 UN-Zielen für eine nachhaltige Produktions- und Lebensweise verpflichtet, auch die Unternehmen sind dazu verpflichtet, selbst ihren einen eigenen Beitrag dazu zu leisten. Doch nach ihren Bekenntnissen zu den Nachhaltigkeitszielen stehen viele Unternehmen vor der Herausforderung, ihre Produktionsweise und vor allem ihre Lieferketten nachweisbar nachhaltig zu gestalten.

Zu den SDGs zählen unter anderem: Ernährung sichern, Gesundes Leben für alle, Sauberes Wasser, Nachhaltige Städte und Siedlungen, Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen oder auch Landökosysteme schützen. Das hört sich alles sehr schön an, nur bleibt halt immer die Gretchenfrage: Aurubis, wie hältst du es mit deiner Praxis?

Als gewinnorientiertes Unternehmen stellen Sie in Ihren Jahresberichten immer das

erhoffte Wachstum in Aussicht, fokussieren auf Margen und Gewinne, - nur: zur Verarbeitung von Kupferkonzentraten bedarf es halt viel Energie, die ist nicht immer die sauberste, und es gibt hohe Emissionen. Ich weiß, Sie werden antworten mit einer Grafik, um wie viel Sie Ihre Emissionen doch schon verringert hätten. Allein, es bleibt der Grundwiderspruch: wer immer mehr will, immer mehr Wachstum anpeilt, der produziert auch mehr Feinstaub, mehr Abgase, mehr Klimakiller. Das ist das eine, was ich hier anmerken muss. Das andere ist aber das:

In ihrer konsolidierten Umwelterklärung von 2017 schreiben Sie: „Unsere wichtigsten Erzkonzentratlieferanten sind die Minengesellschaften Vale, Teck, Glencore, Antofagasta und Newmont Mining.“

Tja, die brasilianische Vale hat im Jahr 2012 hat den weltweiten Schmähpriis, den People's Award von Public Eye als übelstes Unternehmen weltweit, erhalten, Glencore erhielt diesen Swiss Award von Public Eye im Jahr 2008 und, na, wie könnte es auch anders sein?, im Jahr 2009 erhielt Newmont ebenfalls diesen People's Award von Public Eye. Aurubis hat also unter ihren „wichtigsten Erzkonzentratlieferanten“ drei der internationalen Schmähpriisgewinner.

Ich frage Sie: Stimmt Sie das nicht nachdenklich? Befürchten Sie denn eigentlich gar keinen Reputationsschaden?

Hat Sie das denn gar nicht nachdenklich gestimmt, als im vergangenen Jahr die Paradise-Papers bekannt wurden? Da wurde über Ihren Geschäftspartner Glencore Folgendes geschrieben:

Süddeutsche Zeitung, 8. November 2017: „Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore war möglicherweise in korrupte Geschäfte in der Demokratischen Republik Kongo verwickelt. [...] Die Vorgänge wecken den Verdacht, dass im Zuge der Verhandlungen einer oder mehrere kongolesische Politiker oder Beamte bestochen wurden.“ Die schweizer NGO Public Eye verklagt Glencore deshalb vor Gericht: Die für die „Neuerteilung der Schürfrechte fällige Lizenzgebühr“ kostete Glencore „statt der ursprünglich geforderten 585 nur 140 Millionen Dollar. Laut der NGO Ressource

Matters musste Glencore vier Mal weniger berappen als die allermeisten Konkurrenten.“

Im vergangenen Jahr habe ich in [meiner Rede](#) auf die massive Umweltproblematik der Glencore-Mine Tintaya Antapaccay in Peru hingewiesen, aus der Aurubis in der Vergangenheit Kupfererz bezogen hat. Laut neuesten Aussagen von Aurubis beziehen Sie aus dieser Mine mittlerweile keine Rohstoffe mehr. Trifft dies zu? Und wenn ja, warum? Woher dieser löbliche Sinneswandel?

Da ja aber Peru immer noch auf Platz 1 Ihrer Lieferanten steht, ebenso wie Glencore sich noch immer unter Ihren Top-Zulieferern befindet, muss ich direkt nachhaken: In Peru hat Glencore letztes Jahr das peruanische Bergbauunternehmen Volcan aufgekauft und ist damit zum wichtigsten Bergbauunternehmen geworden, das in Peru operiert. Volcan betreibt eine (sehr alte) Kupfermine in Cerro de Pasco, wo es eine massive Problematik mit Bleiverseuchung gibt. Das [Red Muqui hat das untersucht](#). Laut der Studie des Red Muqui haben viele Kinder in Cerro de Pasco Blei und eine ganze Reihe von anderen Schwermetallen im Blut.

Ich würde mich freuen, wenn Sie hier und heute bestätigen würden, dass Aurubis nichts aus dieser Mine bezieht.

Ein anderes Unternehmen, von dem Sie nach unseren Recherchen in Peru Kupferkonzentrate beziehen, ist das kanadische Unternehmen Hudbay Minerals, das in der Provinz Chumbivilcas, Region Cusco, Kupfer abbaut. Auch gegen dieses Unternehmen gibt es gravierende soziale und ökologische Vorwürfe: Die Bevölkerung vor Ort wirft dem Unternehmen vor, sich nicht an getroffene Vereinbarungen zu halten. Deshalb kommt es immer wieder zu heftigen Protesten seitens der Bevölkerung. Der Staat reagiert darauf mit aller Härte, militarisiert die Bergbauregionen, verhängt den Ausnahmezustand, der fundamentale Rechte der Menschen aushebelt, und kriminalisiert die Demonstranten. Es gibt keinen echten Dialog zwischen Unternehmen und Staat. Stattdessen hat das Unternehmen einen Kooperationsvertrag mit der staatlichen Polizei geschlossen. Dies führt zu einem

Rollenkonflikt der Polizisten, die sich nunmehr primär als Vertreter der Interessen des Unternehmens sehen, und nicht mehr in erster Linie als Hüter der staatlichen Ordnung. Die Gemeinden im Umfeld der Minen beklagen außerdem die massiven Umweltauswirkungen durch den Bergbau von Hudbay Minerals: mehr als 100 LKWs passieren die Dörfer täglich. Da die Straßen nicht asphaltiert sind, kommt es zu einer massiven Staubeentwicklung.

In Guatemala sind die Vorwürfe gegen Hudbay Minerals noch krasser: So haben im September 2009 Sicherheitskräfte des Bergbauunternehmens einen Bergbaukritiker ermordet. 11 Frauen aus der Gemeinde nahe der Mine beschuldigen Mitglieder des Sicherheitsunternehmens von Hudbay Minerals, sie vergewaltigt zu haben. Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen haben Klage beim Obersten Gericht in Ontario, Kanada, gegen Hudbay Minerals eingereicht. Die Klage wurde zugelassen.

Es ist das grundlegende Problem, dass wir Kritischen AktionärInnen mit Ihnen haben: Es ist das gleiche wie im letzten Jahr: Sie sagen, aus wettbewerbsrechtlichen Gründen und aus Vertraulichkeit Ihren Geschäftspartnern gegenüber, nennen Sie keine konkreten Namen der Minen, aus denen Sie Produktion beziehen. Aber Ihre Zulieferer hätten sich alle „zu einer nachhaltigen Unternehmenspolitik“ verpflichtet.

Wie belegen Sie das? In Ihrer konsolidierten Umwelterklärung schreibt Aurubis: „Diese global agierenden Minengesellschaften haben sich zu einer nachhaltigen Unternehmenspolitik und zur Veröffentlichung von Umweltberichten verpflichtet, die auf den Internetseiten der Unternehmen eingesehen werden können.“

Na toll! Wenn das Ihr vielgelobtes Engagement in Sachen Sorgfaltspflichten für die Zuliefererkette sein soll, dann kann ich da leider nur trocken husten, soviel schmutzigen Bergwerksstaub wirbelt das allein beim Lesen auf.

Wie es scheint, haben Sie bei Aurubis noch immer nicht das eigentlich so simple System der Checks&Balances verstanden: Erst wenn Sie Transparenz ausüben und Ihre Zulieferer offenlegen, erst dann werden die NGO anfangen, Ihnen zu vertrauen. Nur weil Sie selbst behaupten, alles sei zertifiziert und Ihre Geschäftspartner hätten

sich ja zu „Nachhaltigkeit“ verpflichtet und dass könne man ja schließlich auf deren Webseite in der Selbstdarstellung nachlesen, dann kann ich Sie einfach nicht mehr ernst nehmen.

Denn: Ob beim Abbau von Kupfer, Kohle, Erz, Zinn, Zink, Wolfram, Gold, Platin, Blein o.a. oder ob bei der Förderung von Erdöl, Gas oder Schiefergas – fast ein Drittel der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im globalen Wirtschaftsgeschehen betreffen den extraktiven Sektor, so viel wie in keinem anderen Bereich der Wirtschaft – dies belegen Zahlen des UN-Menschenrechtsrat.¹ Die betroffenen Menschen (Arbeiter/innen, Anwohner/innen) leiden sehr oft unter Umweltverschmutzung, Wasserverknappung oder -verseuchung, Landraub und nicht selten stehen Projekte der Rohstoffgewinnung in Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten. Die Lebenserwartung und -qualität der betroffenen Menschen wird durch den Rohstoffabbau in den seltensten Fällen qua Beschäftigung und Einkommensgewinnen gesteigert. Im Gegenteil, die von Rohstoffgewinnung unmittelbar betroffenen Regionen zeichnen sich meist durch extrem ungleiche Werte beim GINI-Index aus, dem Indikator für Ungleichverteilung. Hinzu kommt der Tatbestand, der seit den 1960er Jahren als Umweltrassismus bezeichnet wird: Betroffene von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen durch Großprojekte beim Rohstoffabbau sind meist marginalisierte Gruppen wie Traditionelle Bevölkerung, Schwarze, Indigene, Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Frauen und Kinder.

In Ihrer konsolidierten Umwelterklärung 2017 rühmen Sie sich: „Im Dezember 2016 wurde die Goldproduktion von Aurubis bereits zum vierten Mal in Folge als konfliktfrei nach den Standards der Gold Guidance der London Bullion Market Association (LBMA) zertifiziert.“ Eine solche Zertifizierung, die sich ja zunächst sehr gut anhört, bedeutet jedoch keinesfalls, dass man davon ausgehen kann, dass bei der Goldgewinnung tatsächlich keine Konflikte mehr existieren. Denn, beim

1 UNHRC 2008: Corporations and human rights: a survey of the scope and patterns of alleged corporate-related human rights abuse

Folgenden handelt es sich um einen anderen Fall, aber dennoch sollte er nachdenklich stimmen: Vielleicht erinnern Sie sich? Im Jahr 2015 kam die peruanische Zeitschrift „Ojo Publico“ mit einer großen Investigativ-Reportage raus, in der sie darlegte, wie illegal geschürftes Gold nicht nur aus Peru heraus und nach Europa kam, sondern obendrein erfolgreich ein LBMA-Gold-Zertifikat dafür erhalten hat. Misstrauen ist also grundsätzlich angebracht.

Noch mehr aber schürt unser Misstrauen, weil Sie sich weiterhin der nötigen Transparenz verweigern. Also, nur wenn Sie endlich für Transparenz sorgen, erst dann werden Ihre Angaben, ob Ihre Zulieferer sich gemäß den UN-Konventionen tatsächlich konform verhalten, auch wirklich glaubwürdig. Verweigern Sie diese weiter aus fadenscheinigen Motiven wie vermeintlichen Wettbewerbs- und Vertragsgründe, so ist Ihnen nicht zu trauen. Sie erwecken dann weiter eher Argwohn, dass Sie da etwas zu verbergen haben!

Aurubis sagt, die Offenlegung der Lieferkette würde zu Wettbewerbsnachteilen führen. Insofern war ich nicht sonderlich überrascht, in der WIRTSCHAFTSWOCHE, in der recht lesenswerten Reportage „Blutzoll für Dein Auto“ folgende Positionierung von Aurubis zu lesen: „Deshalb fordern Unternehmen wie BMW oder der Kupferhersteller Aurubis gesetzliche Vorgaben für die Lieferkette. Ihr Kalkül: Wenn für alle Hersteller strengere Regeln für den Rohstoffeinkauf gelten, hat keiner von ihnen einen Wettbewerbsnachteil.“

Diesbezüglich gesetzliche Vorschriften ist natürlich das Ziel. Aber bei Ihnen gewinnt man wiederholt den Eindruck, dass Aurubis dazu aber NUR dann bereit ist, höhere Standards einzuhalten, wenn ihnen keine Wettbewerbsnachteile entstehen.

Also gilt doch wieder: Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten werden dort geopfert, wo möglicherweise Wettbewerbsnachteile entstehen. Heißt das nun, sehr geehrte Damen und Herren vom Vorstand: Profit also doch vor Menschenrechten?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.